

Das Blatt hat sich gewendet

Die Vereinigten Staaten schauen bei Ausländern genauer hin / Von Katja Gelinsky

WASHINGTON, im April

Vor dem 11. September wurde in den Vereinigten Staaten über Einwanderung vor allem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten diskutiert. Auch wahltaktische Überlegungen, die in erster Linie der stark wachsenden spanischstämmigen Bevölkerung galten, sowie außenpolitische Erwägungen, besonders die Beziehungen zum Nachbarstaat Mexiko, spielten eine Rolle. Fragen der inneren Sicherheit hatten dagegen an Bedeutung verloren, womöglich auch deshalb, weil der Kongreß 1996 unter dem Eindruck des Bombenanschlags von Oklahoma City – den allerdings ein Amerikaner verübt hatte – ein Bündel an Vorschriften für den Kampf gegen ausländische Kriminelle verabschiedet hatte.

Seit dem 11. September hat sich das Blatt wieder gewendet, sind Fragen der nationalen Sicherheit aus der amerikanischen Zuwanderungsdebatte nicht mehr wegzudenken. Das neue Sicherheitsdenken hatte seinen Niederschlag noch im Herbst in einem umfangreichen Gesetzespaket zur Terrorabwehr gefunden („Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism“, kurz: „USA Patriot“). Zahlreiche Bestimmungen darin zielen auf eine stärkere Sicherung der Grenzen und eine schärfere Kontrolle von Ausländern ab. So wurden die Möglichkeiten zum Datenaustausch zwischen der Polizei, dem Außenministerium und der Einwanderungsbehörde erweitert, damit Kriminelle erst gar nicht in die Vereinigten Staaten gelangen können oder nach ihrer Einreise zumindest schnell gefunden werden. Außerdem soll der Aufbau elektronischer Daten-systeme zur besseren Überwachung von Ein- und Ausreisen sowie zur Kontrolle ausländischer Studenten im Land vorangetrieben werden. Ergänzt werden diese Bestimmungen um erweiterte Kompetenzen des

Justizministers, Ausländer inhaftieren zu lassen, die unter dem Verdacht stehen, die nationale Sicherheit zu gefährden.

An den amerikanischen Gesetzen zur Einreise und Einwanderung hat sich bislang wenig geändert. Doch gibt es zahlreiche Reformvorschläge. So wird zum Beispiel von der Einwanderungsbehörde erwogen, die Gültigkeitsdauer der Besuchervisa von sechs Monaten auf nur noch dreißig Tage zu verringern. Zu den wichtigsten Gesetzesvorschlägen, über die im amerikanischen Kongreß diskutiert wird, zählt nach Einschätzung der Rechtsanwältin Ellen von Geysso, die in Miami Geschäftsleute in Einwanderungsfragen berät, das Gesetzespaket „Enhanced Border Security and Visa Entry Reform Act of 2001“, das auf eine Abwehr von potentiell gefährlichen Ausländern und die Verhinderung von Visa mißbrauch zielt. Darin wird unter anderem gefordert, Staatsangehörige aus „Ländern, die Terroristen unterstützen“, so lange nicht einreisen zu lassen, bis eine Prüfung ergeben habe, daß sie kein Risiko darstellen. Für alle einreisewilligen Ausländer sieht der Gesetzesvorschlag umfangreichere Überprüfungen bei der Visaerteilung und bei der Einreise vor. Zum Beispiel wird die Speicherung individueller Erkennungszeichen (dazu zählen Fingerabdrücke oder die Irisstruktur des Auges) empfohlen, um zu verhindern, daß sich Terroristen durch Vorlage falscher Dokumente die Einreise nach Amerika erschleichen. Außerdem soll vor allem bei Studenten gründlicher als bisher geprüft werden, wo sie sich in den Vereinigten Staaten aufhalten, was sie im Land tun und ob sie rechtzeitig wieder ausreisen.

Frau von Geysso macht darauf aufmerksam, daß ausländische Männer schon jetzt genauer unter die Lupe genommen werden, zumindest diejenigen, die zwischen 16 und 45 Jahre alt sind. Sie müssen zusätzlich zum Visumsantrag (deutsche Urlauber kön-

nen in der Regel ohne Visum einreisen) ein Formular ausfüllen, in dem nach der Mitgliedschaft und der finanziellen Unterstützung von Organisationen sowie nach Kenntnissen über Schußwaffen, Nuklearwaffen sowie biologischen und chemischen Stoffen gefragt wird. Einige amerikanische Anwälte, die auf Einwanderungsfragen spezialisiert sind, raten Ausländern, die in den Vereinigten Staaten leben, das Land nach Möglichkeit nicht zu verlassen, um Schwierigkeiten bei der Wiedereinreise zu vermeiden. Frau von Geysso sieht allerdings keine Probleme für Ausländer, deren Papiere in Ordnung sind. Anders sei das aber womöglich bei Staatsangehörigen aus „Problemländern wie Jemen oder Saudi-Arabien“.

Wenig beachtet wurde bis zum 11. September eine Vorschrift, nach der Ausländer verpflichtet sind, jederzeit Dokumente bei sich zu führen, die beweisen, daß sie sich rechtmäßig im Land aufhalten. Auch mit der Pflicht, der amerikanischen Einwanderungsbehörde Änderungen der Anschrift bekanntzugeben, nahmen es viele Ausländer vor den Terroranschlägen nicht so genau. Nach den Erfahrungen amerikanischer Einwanderungsfachleute ist aber seit dem 11. September mit strengeren Kontrollen zu rechnen. Deshalb seien Ausländer gut beraten, die Ausweis- und Meldepflichten zu erfüllen. Von der Polizei in Florida heißt es, sie werde künftig Ausländer festnehmen, die keine Einreiseerlaubnis hätten oder deren Visum abgelaufen sei. Die entsprechende Vereinbarung zwischen dem Bundesstaat Florida und dem Justizministerium in Washington ist deshalb bemerkenswert, weil es bei der örtlichen Polizei bisher nur eine geringe Bereitschaft gab, der Einwanderungsbehörde bei der Jagd nach „Illegalen“ zu helfen.

Bittere Folgen hatten die Terroranschläge für zahlreiche Flüchtlinge, die in den Vereinigten Staaten Schutz suchen. Das amerikanische Aufnahmeprogramm war nach

dem 11. September praktisch zum Erliegen gekommen. Inzwischen dürfen wieder Flüchtlinge nach Amerika einreisen, doch gibt es nach wie vor erhebliche Verzögerungen. Von den 70 000 Flüchtlingen, die im jetzigen Fiskaljahr, das im Oktober begonnen hat, in den Vereinigten Staaten aufgenommen werden, sind nach Auskunft von Frau von Geysso bisher kaum mehr als 700 angekommen. Auch die Hoffnungen des südlichen Nachbarlandes auf Initiativen zugunsten der Millionen Mexikaner, die illegal in den Vereinigten Staaten arbeiten, haben durch die Terroranschläge einen Dämpfer erhalten. Von Legalisierungsprogrammen, wie sie beim Besuch des mexikanischen Präsidenten Fox kurz vor den Terroranschlägen erwogen wurden, ist nicht mehr viel zu hören.

Energischen Widerstand von konservativen Republikanern gab es dieser Tage auch gegen ein Gesetz, das es legal eingereisten Ausländern erlauben würde, bis zum Erwerb eines Einwanderungsvisums („Green-card“) in Amerika zu bleiben, obwohl ihre Aufenthaltserlaubnis abgelaufen ist oder abzulaufen droht. Der Gesetzesvorschlag knüpft an ein Programm an, das Hunderttausende von Ausländern, vor allem Mexikaner, davor bewahrte, die Vereinigten Staaten verlassen zu müssen, nachdem sie sich bereits für die Greencard qualifiziert hatten. Die Regelung, die im April vergangenen Jahres auslief und um deren Neuaufgabe es nun geht, wird auch von Präsident Bush befürwortet. Einige Republikaner fürchten jedoch, mit dem Programm könne ein Schlupfloch für ausländische Terroristen geschaffen werden. Ihre Skepsis wurde von der Mehrheit im Repräsentantenhaus nicht geteilt. 275 stimmten dieser Tage für das Programm, 137 dagegen. Aber die Schar der Gegner ist deutlich gewachsen: Im vergangenen Jahr noch hatten nur 37 Kongreßabgeordnete gegen die Erleichterungen für Greencard-Bewerber gestimmt.